

Anlage: Synopse zur Neufassung der Hauptsatzung

Aktuelle Hauptsatzung vom 09.11.2000	Neufassung Hauptsatzung (Entwurf)	Bemerkungen
<p style="text-align: center;">§ 1 Gemeinderatsverfassung</p> <p>Verwaltungsorgane der Gemeinde sind der Gemeinderat und der Bürgermeister.</p>	<p style="text-align: center;">§ 1 Gemeinderatsverfassung</p> <p>Verwaltungsorgane der Gemeinde sind der Gemeinderat und der Bürgermeister.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 2 Rechtsstellung, Aufgaben und Zuständigkeiten</p> <p>Der Gemeinderat ist die Vertretung der Bürger und das Hauptorgan der Gemeinde. Er legt die Grundsätze für die Verwaltung der Gemeinde fest und entscheidet über alle Angelegenheiten der Gemeinde, soweit nicht der Gemeinderat den Ausschüssen oder dem Bürgermeister bestimmte Angelegenheiten übertragen hat oder der Bürgermeister kraft Gesetzes zuständig ist. Der Gemeinderat überwacht die Ausführung seiner Beschlüsse und sorgt beim Auftreten von Missständen in der Gemeindeverwaltung für deren Beseitigung durch den Bürgermeister.</p>	<p style="text-align: center;">§ 2 Rechtsstellung, Aufgaben und Zuständigkeiten</p> <p>Der Gemeinderat ist die Vertretung der Bürger und das Hauptorgan der Gemeinde.</p> <p>Er legt die Grundsätze für die Verwaltung der Gemeinde fest und entscheidet über alle Angelegenheiten der Gemeinde, soweit nicht der Gemeinderat den Ausschüssen oder dem Bürgermeister bestimmte Angelegenheiten übertragen hat oder der Bürgermeister kraft Gesetzes zuständig ist. Der Gemeinderat überwacht die Ausführung seiner Beschlüsse und sorgt beim Auftreten von Missständen in der Gemeindeverwaltung für deren Beseitigung durch den Bürgermeister.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 3 Zusammensetzung</p> <p>Der Gemeinderat besteht aus dem Bürgermeister als Vorsitzendem und den ehrenamtlichen Mitgliedern (Gemeinderäte).</p>	<p style="text-align: center;">§ 3 Zusammensetzung</p> <p>Der Gemeinderat besteht aus dem Bürgermeister als Vorsitzendem und den ehrenamtlichen Mitgliedern (Gemeinderäte).</p>	
	<p style="text-align: center;">§ 4 Durchführung von Sitzungen ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum</p> <p>Der Bürgermeister kann Sitzungen des Gemeinderats ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum in Form von Videokonferenzen einberufen. Die Voraussetzungen für die Einberufung und die Durchführung dieser Sitzungen richtet sich nach den Bestimmungen des § 37a Abs. 1 und 2 Gemeindeordnung.</p> <p>Für Sitzungen der beratenden und beschließenden Ausschüsse des Gemeinderats gelten diese Regelungen entsprechend.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 4 Beschließender Ausschuss</p> <p>(1) Als beschließender Ausschuss wird der Ausschuss für „Umwelt und Technik“ gebildet.</p> <p>(2) Der Ausschuss besteht aus dem Bürgermeister als Vorsitzendem und 6 weiteren Mitgliedern des Gemeinderats.</p> <p>(3) Für die weiteren Mitglieder des Ausschusses werden Stellvertreter bestellt, welche diese Mitglieder im Verhinderungsfall vertreten.</p>	<p style="text-align: center;">§ 5 Beschließende Ausschüsse</p> <p>(1) Als beschließender Ausschuss wird der Ausschuss für Umwelt und Technik gebildet.</p> <p>(2) Der Ausschuss besteht aus dem Bürgermeister als Vorsitzendem und sechs weiteren Mitgliedern des Gemeinderats.</p> <p>(3) Für die weiteren Mitglieder des Ausschusses werden Stellvertreter bestellt, welche diese Mitglieder im Verhinderungsfall vertreten.</p>	

<p style="text-align: center;">§ 5 Allgemeine Zuständigkeiten des beschließenden Ausschusses</p> <p>(1) Der beschließende Ausschuss entscheidet im Rahmen seiner Zuständigkeit selbständig an Stelle des Gemeinderats.</p> <p>(2) Dem beschließenden Ausschuss werden die in den § 7 bezeichneten Aufgabengebiete zur dauernden Erledigung übertragen.</p> <p>(3) Der beschließende Ausschuss ist innerhalb seines Geschäftskreises zuständig für:</p> <p>3.1 die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan, soweit der Betrag im Einzelfall mehr als 30.000 DM (15.000 Euro), aber nicht mehr 70.000 DM (35.000 Euro) beträgt;</p> <p>3.2 die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben von mehr als 5.000 DM (2.500 Euro), aber nicht mehr als 15.000 DM (7.500 Euro) im Einzelfall.</p> <p>(4) Soweit sich die Zuständigkeit des beschließenden Ausschusses nach Wertgrenzen bestimmt, beziehen sich diese auf den einheitlichen wirtschaftlichen Vorgang. Die Zerlegung eines solchen Vorgangs in mehrere Teile zur Begründung einer anderen Zuständigkeit ist nicht zulässig. Bei voraussehbar wiederkehrenden Leistungen bezieht sich die Wertgrenze auf den Jahresbetrag.</p>	<p style="text-align: center;">§ 6 Allgemeine Zuständigkeiten</p> <p>(1) Der beschließende Ausschuss entscheidet im Rahmen seiner Zuständigkeit selbständig an Stelle des Gemeinderats.</p> <p>(2) Dem beschließenden Ausschuss werden die in den § 7 bezeichneten Aufgabengebiete zur dauernden Erledigung übertragen.</p> <p>(3) Der beschließende Ausschuss ist innerhalb seines Geschäftskreises zuständig für:</p> <p>3.1 die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan, soweit der Betrag im Einzelfall mehr als 25.000 Euro, aber nicht mehr 65.000 Euro beträgt;</p> <p>3.2 die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben von mehr als 5.000 Euro, aber nicht mehr als 10.000 Euro im Einzelfall.</p> <p>(4) Soweit sich die Zuständigkeit des beschließenden Ausschusses nach Wertgrenzen bestimmt, beziehen sich diese auf den einheitlichen wirtschaftlichen Vorgang. Die Zerlegung eines solchen Vorgangs in mehrere Teile zur Begründung einer anderen Zuständigkeit ist nicht zulässig. Bei voraussehbar wiederkehrenden Leistungen bezieht sich die Wertgrenze auf den Jahresbetrag.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 6 Beziehungen zwischen Gemeinderat und beschließendem Ausschuss</p> <p>(1) Wenn eine Angelegenheit für die Gemeinde von besonderer Bedeutung ist, kann der Ausschuss die Angelegenheit mit den Stimmen eines Viertels aller Mitglieder dem Gemeinderat zur Beschlussfassung unterbreiten.</p> <p>(2) Der Gemeinderat kann dem beschließenden Ausschuss allgemein oder im Einzelfall Weisungen erteilen, jede Angelegenheit an sich ziehen oder Beschlüsse des beschließenden Ausschusses, solange sie noch nicht vollzogen sind, ändern oder aufheben.</p> <p>(3) Angelegenheiten, deren Entscheidung dem Gemeinderat vorbehalten ist, sollen dem zuständigen beschließenden Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden. Auf Antrag des Vorsitzenden oder eines Fünftels aller Mitglieder des Gemeinderats sind sie dem beschließenden Ausschuss zur Vorberatung zu überweisen.</p> <p>(4) Die Zuständigkeit des Gemeinderats ist anzunehmen, wenn zweifelhaft ist, ob die Behandlung einer Angelegenheit zur Zuständigkeit des Gemeinderats oder zu der des beschließenden Ausschusses gehört.</p>	<p style="text-align: center;">§ 7 Beziehungen zwischen Gemeinderat und beschließendem Ausschuss</p> <p>(1) Wenn eine Angelegenheit für die Gemeinde von besonderer Bedeutung ist, kann der Ausschuss die Angelegenheit mit den Stimmen eines Viertels aller Mitglieder dem Gemeinderat zur Beschlussfassung unterbreiten.</p> <p>(2) Der Gemeinderat kann dem beschließenden Ausschuss allgemein oder im Einzelfall Weisungen erteilen, jede Angelegenheit an sich ziehen oder Beschlüsse des beschließenden Ausschusses, solange sie noch nicht vollzogen sind, ändern oder aufheben.</p> <p>(3) Angelegenheiten, deren Entscheidung dem Gemeinderat vorbehalten ist, sollen dem zuständigen beschließenden Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden. Auf Antrag des Vorsitzenden oder eines Fünftels aller Mitglieder des Gemeinderats sind sie dem beschließenden Ausschuss zur Vorberatung zu überweisen.</p> <p>(4) Die Zuständigkeit des Gemeinderats ist anzunehmen, wenn zweifelhaft ist, ob die Behandlung einer Angelegenheit zur Zuständigkeit des Gemeinderats oder zu der des beschließenden Ausschusses gehört.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 7 Ausschuss für „Umwelt und Technik“</p> <p>(1) Der Geschäftskreis des Ausschusses für „Umwelt und Technik“ umfasst folgende Aufgabengebiete:</p> <p>1.1 Bauleitplanung und Bauwesen (Hoch- und Tiefbau, Vermessung),</p> <p>1.2 Versorgung und Entsorgung,</p> <p>1.3 Straßenbeleuchtung, technische Verwaltung der Straßen, Bauhof, Fuhrpark,</p> <p>1.4 Verkehrswesen,</p> <p>1.5 Feuerlöschwesen und Zivilschutz,</p> <p>1.6 Friedhofs- und Bestattungsangelegenheiten,</p>	<p style="text-align: center;">§ 8 Ausschuss für Umwelt und Technik</p> <p>(1) Der Geschäftskreis des Technischen Ausschusses umfasst folgende Aufgabengebiete:</p> <p>1.1 Bauleitplanung und Bauwesen (Hoch- und Tiefbau, Vermessung),</p> <p>1.2 Versorgung und Entsorgung,</p> <p>1.3 Straßenbeleuchtung, technische Verwaltung der Straßen, Bauhof, Fuhrpark,</p> <p>1.4 Verkehrswesen,</p> <p>1.5 Feuerlöschwesen und Zivilschutz,</p> <p>1.6 Friedhofs- und Bestattungsangelegenheiten,</p>	

<p>1.7 technische Verwaltung gemeindeeigener Gebäude, 1.8 Sport-, Spiel-, Bade-, Freizeiteinrichtungen, Park -und Gartenanlagen, 1.9 Umweltschutz, Landschaftspflege und Gewässerunterhaltung, 1.10 Verwaltung der Liegenschaften der Gemeinde einschließlich Waldbewirtschaftung, Jagd, Fischerei und Weide.</p> <p>(2) In seinem Geschäftskreis entscheidet der Technische Ausschuss über:</p> <p>2.1 die Erklärung des Einvernehmens der Gemeinde bei der Entscheidung über:</p> <p>2.1.1 die Zulassung von Ausnahmen von der Veränderungssperre (§ 14 Abs. 2 Baugesetzbuch - BauGB), 2.1.2 die Zulassung von Ausnahmen und die Erteilung von Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplans (§ 31 BauGB), 2.1.3 die Zulassung von Vorhaben während der Aufstellung eines Bebauungsplans (§ 33 BauGB), 2.1.4 die Zulassung von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (§ 34 BauGB), 2.1.5 die Zulassung von Vorhaben im Außenbereich (§ 35 BauGB),</p> <p>wenn in den Fällen 2.1.1 bis 2.1.5 die jeweilige Angelegenheit für die städtebauliche Entwicklung der Gemeinde nicht von grundsätzlicher Bedeutung oder besonderer Wichtigkeit ist,</p> <p>2.2 die Stellungnahmen der Gemeinde zu Bauanträgen nach § 53 Abs. 2 und § 54 Abs. 2 Landesbauordnung für Baden-Württemberg - LBO - ,</p> <p>2.3 die Entscheidung über die Ausführung eines Vorhabens des Hoch- und Tiefbaus (Baubeschluss) und die Genehmigung der Bauunterlagen, die Vergabe der Lieferungen und Leistungen für die Bauausführung (Vergabebeschluss) sowie die Anerkennung der Schlussabrechnung (Abrechnungsbeschluss) bei voraussichtlichen bzw. tatsächlichen Gesamtbaukosten von mehr als 30.000 DM (15.000 Euro) und nicht mehr 70.000 DM (35.000 Euro) im Einzelfall,</p> <p>2.4 planerische Leistungen und Gutachten bei voraussichtlichen Honorarkosten von nicht mehr als 70.000 DM (35.000 Euro) im Einzelfall, soweit nicht Nr. 2.3,</p> <p>2.5 Anträge auf Zurückstellung der Entscheidung über die Zulässigkeit von Vorhaben und auf vorläufige Untersagung gemäß § 15 BauGB,</p> <p>2.6 die Erteilung von Genehmigungen und die Entscheidung über allgemein erteilte Genehmigungen nach § 144 BauGB,</p> <p>2.7 die Veräußerung und dingliche Belastung, den Erwerb und Tausch von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten, einschließlich der Ausübung von Vorkaufsrechten im Wert von mehr als 30.000 DM (15.000 Euro), aber nicht mehr als 70.000 DM (35.000 Euro) im Einzelfall,</p> <p>2.8 Verträge über die Nutzung von Grundstücken oder beweglichem Vermögen bei einem jährlichen Mietwert oder Pachtwert von mehr als 5.000 DM (2.500 Euro), aber nicht mehr als 10.000 DM (5.000 Euro); bei der Vermietung gemeindeeigener Wohnungen in unbeschränkter Höhe,</p>	<p>1.7 technische Verwaltung gemeindeeigener Gebäude, 1.8 Sport-, Spiel-, Bade-, Freizeiteinrichtungen, Park -und Gartenanlagen, 1.9 Umweltschutz, Landschaftspflege und Gewässerunterhaltung, 1.10 Verwaltung der Liegenschaften der Gemeinde einschließlich Waldbewirtschaftung, Jagd, Fischerei und Weide.</p> <p>(2) In seinem Geschäftskreis entscheidet der Ausschuss für Umwelt und Technik über:</p> <p>2.1 die Erklärung des Einvernehmens der Gemeinde bei der Entscheidung über</p> <p>2.1.1 die Zulassung von Ausnahmen von der Veränderungssperre (§ 14 Abs. 2 Baugesetzbuch - BauGB), 2.1.2 die Zulassung von Ausnahmen und die Erteilung von Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplans (§ 31 BauGB), 2.1.3 die Zulassung von Vorhaben während der Aufstellung eines Bebauungsplans (§ 33 BauGB), 2.1.4 die Zulassung von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (§ 34 BauGB), 2.1.5 die Zulassung von Vorhaben im Außenbereich (§ 35 BauGB),</p> <p>wenn in den Fällen 2.1.1 bis 2.1.5 die jeweilige Angelegenheit für die städtebauliche Entwicklung der Gemeinde nicht von grundsätzlicher Bedeutung oder besonderer Wichtigkeit ist,</p> <p>2.2 die Stellungnahmen der Gemeinde zu Bauanträgen nach § 53 Abs. 2 und § 54 Abs. 2 Landesbauordnung für Baden-Württemberg - LBO ,</p> <p>2.3 die Entscheidung über die Ausführung eines Vorhabens des Hoch- und Tiefbaus (Baubeschluss) und die Genehmigung der Bauunterlagen, die Vergabe der Lieferungen und Leistungen für die Bauausführung (Vergabebeschluss) sowie die Anerkennung der Schlussabrechnung (Abrechnungsbeschluss) bei voraussichtlichen bzw. tatsächlichen Gesamtbaukosten von mehr als 25.000 Euro und nicht mehr 65.000 Euro im Einzelfall,</p> <p>2.4 planerische Leistungen und Gutachten bei voraussichtlichen Honorarkosten von nicht mehr als 65.000 Euro im Einzelfall, soweit nicht Nr. 2.3,</p> <p>2.5 Anträge auf Zurückstellung der Entscheidung über die Zulässigkeit von Vorhaben und auf vorläufige Untersagung gemäß § 15 BauGB,</p> <p>2.6 die Erteilung von Genehmigungen und die Entscheidung über allgemein erteilte Genehmigungen nach § 144 BauGB,</p> <p>2.7 die Veräußerung und dingliche Belastung, den Erwerb und Tausch von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten, einschließlich der Ausübung von Vorkaufsrechten im Wert von mehr als 25.000 Euro, aber nicht mehr als 65.000 Euro im Einzelfall,</p> <p>2.8 Verträge über die Nutzung von Grundstücken oder beweglichem Vermögen bei einem jährlichen Mietwert oder Pachtwert von mehr als 2.500 Euro, aber nicht mehr als 5.000 Euro; bei der Vermietung gemeindeeigener Wohnungen in unbeschränkter Höhe,</p>	
--	--	--

<p>2.9 die Veräußerung von beweglichem Vermögen im Wert von mehr als 30.000 DM (15.000 Euro), aber nicht mehr als 70.000 DM (35.000 Euro) im Einzelfall.</p>	<p>2.9 die Veräußerung von beweglichem Vermögen im Wert von mehr als 25.000 Euro, aber nicht mehr als 65.000 Euro im Einzelfall.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 8 Beratende Ausschüsse</p> <p>(1) Als beratender Ausschuss wird der „Schul- und Kulturausschuss“ gebildet.</p> <p>(2) Weitere Ausschüsse können durch den Gemeinderat nach Bedarf eingesetzt werden, ohne dass es einer Änderung der Hauptsatzung bedarf.</p> <p>(3) Vorsitzender der beratenden Ausschüsse ist jeweils der Bürgermeister. Er kann einen seiner Stellvertreter oder ein Mitglied des Ausschusses, der im Gemeinderat ist, mit seiner Stellvertretung beauftragen.</p> <p>(4) Der Schul- und Kulturausschuss besteht aus dem Bürgermeister als Vorsitzendem und 6 weiteren Mitgliedern des Gemeinderats und 5 sachkundigen Einwohnern.</p> <p>(5) Der Geschäftskreis des Schul- und Kulturausschusses umfasst folgende Aufgabengebiete:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Allgemeine kulturelle und schulische Angelegenheiten 2. Vereinsangelegenheiten 3. Allgemeine Jugendförderung 4. Fremdenverkehr <p>(6) Für den Geschäftsgang der beratenden Ausschüsse gelten die Vorschriften der §§ 34, 36 bis 38 und 39 Abs. 5 der GemO entsprechend.</p>	<p style="text-align: center;">§ 9 Beratende Ausschüsse</p> <p>(1) Als beratender Ausschuss wird der „Schul- und Kulturausschuss“ gebildet.</p> <p>(2) Weitere Ausschüsse können durch den Gemeinderat nach Bedarf eingesetzt werden, ohne dass es einer Änderung der Hauptsatzung bedarf.</p> <p>(3) Vorsitzender der beratenden Ausschüsse ist jeweils der Bürgermeister. Er kann einen seiner Stellvertreter oder ein Mitglied des Ausschusses, der im Gemeinderat ist, mit seiner Stellvertretung beauftragen.</p> <p>(4) Der Schul- und Kulturausschuss besteht aus dem Bürgermeister als Vorsitzendem und sechs weiteren Mitgliedern des Gemeinderats und fünf sachkundigen Einwohnern.</p> <p>(5) Der Geschäftskreis des Schul- und Kulturausschusses umfasst folgende Aufgabengebiete:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Allgemeine kulturelle und schulische Angelegenheiten 2. Vereinsangelegenheiten 3. Allgemeine Jugendförderung 4. Fremdenverkehr <p>(6) Für den Geschäftsgang der beratenden Ausschüsse gelten die Vorschriften der §§ 34, 36 bis 38 und 39 Abs. 5 der GemO entsprechend.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 9 Rechtsstellung</p> <p>Der Bürgermeister ist hauptamtlicher Beamter auf Zeit.</p>	<p style="text-align: center;">§ 10 Rechtsstellung</p> <p>Der Bürgermeister ist hauptamtlicher Beamter auf Zeit.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 10 Zuständigkeiten</p> <p>(1) Der Bürgermeister leitet die Gemeindeverwaltung und vertritt die Gemeinde. Er ist für die sachgemäße Erledigung der Aufgaben und den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung verantwortlich und regelt die innere Organisation der Gemeindeverwaltung. Der Bürgermeister erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm sonst durch Gesetz oder den Gemeinderat übertragenen Aufgaben. Weisungsaufgaben erledigt der Bürgermeister in eigener Zuständigkeit, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Dies gilt auch, wenn die Gemeinde in einer Angelegenheit angehört wird, die aufgrund einer Anordnung der zuständigen Behörde geheimzuhalten ist.</p> <p>(2) Dem Bürgermeister werden folgende Aufgaben zur Erledigung dauernd übertragen, soweit es sich nicht bereits um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt:</p> <p>2.1 die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan bis zum Betrag von 30.000 DM (15.000 Euro) im Einzelfall sowie die Beschaffung von Brennstoffen für die gemeindlichen Gebäude in unbeschränkter Höhe;</p>	<p style="text-align: center;">§ 11 Zuständigkeiten</p> <p>(1) Der Bürgermeister leitet die Gemeindeverwaltung und vertritt die Gemeinde. Er ist für die sachgemäße Erledigung der Aufgaben und den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung verantwortlich und regelt die innere Organisation der Gemeindeverwaltung. Der Bürgermeister erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm sonst durch Gesetz oder den Gemeinderat übertragenen Aufgaben. Weisungsaufgaben erledigt der Bürgermeister in eigener Zuständigkeit, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Dies gilt auch, wenn die Gemeinde in einer Angelegenheit angehört wird, die aufgrund einer Anordnung der zuständigen Behörde geheimzuhalten ist.</p> <p>Dem Bürgermeister werden folgende Aufgaben zur Erledigung dauernd übertragen, soweit es sich nicht bereits um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt:</p> <p>2.1 die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan bis zum Betrag von 25.000 Euro im Einzelfall;</p>	

<p>2.2 die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben und zur Verwendung von Deckungsreserven bis zu 5.000 DM (2.500 Euro) im Einzelfall;</p> <p>2.3 die Ernennung, Einstellung und Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Angestellten der Vergütungsgruppe X bis VIII – BAT, Aushilfsangestellten, Arbeitern, Beamtenanwärtern, Auszubildenden, Praktikanten und anderen in Ausbildung stehenden Personen und die Erhöhung bzw. Reduzierung der zeitlichen Inanspruchnahme von Teilzeitbeschäftigten;</p> <p>2.4 die Gewährung von unverzinslichen Lohn- und Gehaltsvorschüssen sowie Unterstützungen und von Arbeitgeberdarlehen im Rahmen der Richtlinien;</p> <p>2.5 die Bewilligung von nicht im Haushaltsplan einzeln ausgewiesenen Freigigkeitsleistungen bis zu 5.000 DM (2.500 Euro) im Einzelfall;</p> <p>2.6 die Stundung von Forderungen im Einzelfall, 2.6.1 bis zu 3 Monaten in unbeschränkter Höhe, 2.6.2 über 3 Monate bis zu 6 Monaten bis zu einem Betrag von 12.000 DM (6.000 Euro),</p> <p>2.7 den Verzicht auf Ansprüche der Gemeinde und die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreiten und den Abschluss von Vergleichen, wenn der Verzicht oder die Niederschlagung, der Streitwert oder bei Vergleichen das Zugeständnis der Gemeinde im Einzelfall nicht mehr als 5.000 DM (2.500 Euro) beträgt;</p> <p>2.8 die Veräußerung und dingliche Belastung, den Erwerb und Tausch von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten, einschließlich der Ausübung von Vorkaufsrechten, im Wert bis zu 30.000 DM (15.000 Euro) im Einzelfall;</p> <p>2.9 Verträge über die Nutzung von Grundstücken oder beweglichem Vermögen bis zu einem jährlichen Miet- oder Pachtwert von 5.000 DM (2.500 Euro) im Einzelfall;</p> <p>2.10 die Veräußerung von beweglichem Vermögen bis zu 30.000 DM (15.000 Euro) im Einzelfall;</p> <p>2.11 die Bestellung von Bürgern zu ehrenamtlicher Mitwirkung sowie die Entscheidung darüber, ob ein wichtiger Grund für die Ablehnung einer solchen ehrenamtlichen Mitwirkung vorliegt;</p> <p>2.12 die Zuziehung sachkundiger Einwohner und Sachverständiger zu den Beratungen einzelner Angelegenheiten im Gemeinderat und in beschließenden Ausschüssen</p> <p>2.13 die Beauftragung der Feuerwehr zur Hilfeleistung in Notlagen und mit Maßnahmen der Brandverhütung im Sinne des § 2 Abs. 2 Feuerwehrgesetz;</p> <p>2.14 die Entscheidung über die Ausführung eines Bauvorhabens (Baubeschluss) und die Genehmigung der Bauunterlagen, die Vergabe der Lieferungen und Leistungen für die Bauausführung (Vergabebeschluss) sowie die Anerkennung der Schlussabrechnung (Abrechnungsbeschluss) bei</p>	<p>2.2 die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben bis zu 5.000 Euro im Einzelfall;</p> <p>2.3 die Ernennung, Einstellung und Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Beschäftigten bis zu den Entgeltgruppen 9a bzw. S11a TVöD, Aushilfsangestellten, Arbeitern, Beamtenanwärtern, Auszubildenden, Praktikanten und anderen in Ausbildung stehenden Personen und die Erhöhung bzw. Reduzierung der zeitlichen Inanspruchnahme von Teilzeitbeschäftigten;</p> <p>2.4 die Gewährung von unverzinslichen Lohn- und Gehaltsvorschüssen sowie Unterstützungen und von Arbeitgeberdarlehen im Rahmen der Richtlinien;</p> <p>2.5 die Bewilligung von nicht im Haushaltsplan einzeln ausgewiesenen Freigigkeitsleistungen bis zu 2.500 Euro im Einzelfall;</p> <p>2.6 die Stundung von Forderungen im Einzelfall, 2.6.1 bis zu drei Monaten in unbeschränkter Höhe, 2.6.2 über drei Monate bis zu sechs Monaten bis zu einem Betrag von 6.000 Euro;</p> <p>2.7 den Verzicht auf Ansprüche der Gemeinde und die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreiten und den Abschluss von Vergleichen, wenn der Verzicht oder die Niederschlagung, der Streitwert oder bei Vergleichen das Zugeständnis der Gemeinde im Einzelfall nicht mehr als 2.500 Euro beträgt;</p> <p>2.8 die Veräußerung und dingliche Belastung, den Erwerb und Tausch von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten, einschließlich der Ausübung von Vorkaufsrechten, im Wert bis zu 25.000 Euro im Einzelfall;</p> <p>2.9 Verträge über die Nutzung von Grundstücken oder beweglichem Vermögen bis zu einem jährlichen Miet- oder Pachtwert von 3.000 Euro im Einzelfall;</p> <p>2.10 die Veräußerung von beweglichem Vermögen bis zu 25.000 Euro im Einzelfall;</p> <p>2.11 die Bestellung von Bürgern zu ehrenamtlicher Mitwirkung sowie die Entscheidung darüber, ob ein wichtiger Grund für die Ablehnung einer solchen ehrenamtlichen Mitwirkung vorliegt;</p> <p>2.12 die Zuziehung sachkundiger Einwohner und Sachverständiger zu den Beratungen einzelner Angelegenheiten im Gemeinderat und in beschließenden Ausschüssen;</p> <p>2.13 die Beauftragung der Feuerwehr zur Hilfeleistung in Notlagen und mit Maßnahmen der Brandverhütung im Sinne des § 2 Abs. 2 Feuerwehrgesetz;</p>	
--	---	--

<p>voraussichtlichen bzw. tatsächlichen Gesamtbaukosten von nicht mehr als 30.000 DM (15.000 Euro) im Einzelfall;</p> <p>2.15 den Rehwildabschlussplan und die Jagdstatistik.</p>	<p>2.14 die Entscheidung über die Ausführung eines Bauvorhabens (Baubeschluss) und die Genehmigung der Bauunterlagen, die Vergabe der Lieferungen und Leistungen für die Bauausführung (Vergabebeschluss) sowie die Anerkennung der Schlussabrechnung (Abrechnungsbeschluss) bei voraussichtlichen bzw. tatsächlichen Gesamtbaukosten von nicht mehr als 25.000 Euro im Einzelfall;</p>	
<p style="text-align: center;">§ 11 Stellvertreter des Bürgermeisters</p> <p>Die ehrenamtlichen Stellvertreter des Bürgermeisters werden aus der Mitte des Gemeinderates gewählt. Sie vertreten den Bürgermeister in der Reihenfolge in der sie als Stellvertreter gewählt worden sind.</p>	<p style="text-align: center;">§ 12 Stellvertreter des Bürgermeisters</p> <p>Die ehrenamtlichen Stellvertreter des Bürgermeisters werden aus der Mitte des Gemeinderates gewählt. Sie vertreten den Bürgermeister in der Reihenfolge, in der sie als Stellvertreter gewählt worden sind.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 12 Inkrafttreten</p> <p>Diese Hauptsatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt tritt die bisherige Hauptsatzung vom 19.09.1991 mit ihren Änderungen außer Kraft. Die genannten Euro-Beträge treten zum 01.01.2002 in Kraft, gleichzeitig treten die genannten DM-Beträge außer Kraft.</p>	<p style="text-align: center;">§ 13 Inkrafttreten</p> <p>Diese Hauptsatzung tritt am 01.01.2022 in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt tritt die bisherige Hauptsatzung vom 09.11.2000 mit ihren Änderungen außer Kraft.</p>	